Grüner Blick

Juni 2020 Grüne Fraktion Kassel

Foto: Robin Pach

Kasseler Demokratie-Impuls gegen Rassismus

Die Kasseler Rathausgrünen kritisieren die Ausschreibung für den Kasseler Demokratie-Impuls. Die 2018 von den Stadtverordneten beschlossene Auszeichnung soll laut Beschluss „beispielhaftes bürgerschaftliches Engagement von Initiativen, Vereinen, Verbänden oder Einzelpersonen“ gegen Rassismus und Rechtsextremismus würdigen. Die veröffentlichte Ausschreibung nennt jedoch ausschließlich wissenschaftliche und journalistische Arbeiten. „Warum der Beschluss der Stadtverordneten in der Ausschreibung des Preises nicht umgesetzt wurde, konnte uns der Magistrat nicht zufriedenstellend beantworten“, sagt Awet Tesfaiesus, Sprecherin für Integration der grünen Fraktion.

Aus ihrer Sicht ist das Engagement gegen Rassismus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht nur im akademischen und journalistischen Umfeld angegangen werden könne. Denn dort seien von Rassismus und Rechtsextremismus Betroffene deutlich unterrepräsentiert. „Es ist wichtig, dass wir diesen Stimmen Gehör verschaffen und ihre Perspektiven einbeziehen. Unsere klare Forderung war neben der Würdigung bürgerschaftlichen Engagements daher, dass auch bei der Besetzung der Jury und bei der Auftaktveranstaltung die Perspektiven von Betroffenen stärker berücksichtigt werden – schließlich wird der Preis in Gedenken an Halit Yozgat vergeben“, erläutert Tesfaiesus.

Gleichstellung von Frauen und Männern

Kassel wird die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene unterzeichnen. Das hat die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der grünen Fraktion beschlossen. Es soll zudem innerhalb von anderthalb Jahren ein Gleichberechtigungs-Aktionsplan nach der in der EU-Charta festgelegten Grundsätzen und Bestimmungen erstellt werden. Mit dem auf Kassel zugeschnittenen Aktionsplan werden konkrete Ziele gesetzt und Maßnahmen zur Umsetzung des Gleichbehandlungsauftrags definiert.

Diskriminierungen abbauen

„Damit intensivieren wir unsere bisherigen Anstrengungen, bestehende Benachteiligungen und Diskriminierungen abzubauen“, sagt Awet Tesfaiesus, gleichstellungspolitische Sprecherin der grünen Rathausfraktion. „Es gibt noch immer viel zu tun. Geschlechterstereotype Vorstellungen und Zuschreibungen zwingen noch immer Mädchen und Jungen ein klassisches Lebens- und Rollenkonzept auf. Ich wünsche mir, dass wir dagegen stärker vorgehen.“

Weiterhin müssen laut Tesfaiesus die Wechselwirkungen verschiedener Diskriminierungsarten wie etwa Geschlecht und Herkunft näher beleuchtet werden. „Nicht zuletzt müssen wir uns spätestens seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) im Jahre 2017 mit der Frage der Diskriminierung non-binärer Menschen, also Menschen, die sich weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen lassen wollen, stärker befassen, um so auch der Vielfalt von Geschlechtlichkeiten gerecht zu werden.“

Die Unterzeichnung der Charta biete Anlass, den eigenen Standort in der Verwirklichung der Gleichstellung zu prüfen und die immer noch vorhandene Diskrepanz zwischen der gesetzlichen Anerkennung des Rechts auf Gleichbehandlung und der tatsächlichen und praktischen Anwendung dieses Rechts gemeinsam mit allen beteiligten Akteur*innen zu korrigieren. Die Charta haben inzwischen mehr als 1.300 europäische Gemeinden unterzeichnet.

Kurz erklärt
Dritte Option

Seit Ende 2018 haben intersexuelle Menschen in Deutschland die Möglichkeit, beim Eintrag ins Personenstandsregister außer den Geschlechtern „männlich“ und „weiblich“ auch die Option „divers“ zu wählen, die sogenannte „Dritte Option“. Am 10. Oktober 2017 hatte der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts der Beschwerde einer Inter*Person stattgegeben und entschieden, dass jenseits des binären Geschlechtermodells auch ein positiver Eintrag möglich sein muss. Quelle: Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Jungfernkopf als Energiewende-Stadtteil

Foto: Robin Pach

„Der Magistrat soll den Jungfernkopf bei seinem Anliegen unterstützen, ihn in einen sogenannten Energiewende-Stadtteil zu entwickeln“, fordert Eva Koch, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Stadtverordnete aus dem Jungfernkopf. Denn der Jungfernkopf biete aufgrund seiner besonderen Bedingungen ein hohes Potenzial, um CO2-Einsparungen in den Bereichen Solar, Wärmeversorgung und Verkehr zu realisieren. Die Stadtverordnetenversammlung hat den gemeinsamen Antrag von SPD, CDU, Grünen, Linken, FDP, Freien Wählern und Piraten, einen solchen Beschluss des Ortsbeirats umzusetzen, mit großer Mehrheit beschlossen. „Das ist ein tolles Signal für den gemeinsamen Willen zur Energiewende“, betont Koch.

Beitrag zur Energiewende

Im Jungfernkopf sind zahlreiche unsanierte Einfamilienhäuser in Privateigentum, die Lage zur Nutzung von Solarenergie ist günstig, der Anteil privat genutzter PKW ist im städtischen Vergleich hoch. Durch ein stadtteilübergreifendes Sanierungsmanagement, das die Ideen des Ortsbeirats und der Bürger*innen aufgreift, können Gebäude saniert, Solarenergie genutzt und der Verkehr umwelt- und klimafreundlich umorganisiert werden. „Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Energiewende der gesamten Stadt Kassel geleistet, um das 2019 gemeinsam beschlossene Ziel zu erreichen, dass Kassel 2030 klimaneutral wird“, ergänzt Christine Hesse, umweltpolitische Sprecherin der grünen Rathausfraktion.

Eva Koch

Studie gibt Impulse für die Arbeit des Klimaschutzrats

Lokal ausgerichtete Projekte der dezentralen Energiewirtschaft leisten einen enormen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung. Das zeigt eine aktuelle Studie der Universität Kassel. Danach sind in der Region zwischen 2000 und 2018 etwa 4,5 Milliarden Euro für erneuerbare Energien investiert worden. 1,93 Milliarden Euro (43 Prozent) davon blieben in Nordhessen. Photovoltaik hatte daran mit etwa 61 Prozent den größten Anteil. In der Stadt Kassel wurden 149 Millionen Euro für erneuerbare Energien aufgewendet, der überwiegende Teil für Photovoltaik. Für Prof. Dr. Martin Hein kann diese Studie wichtige Impulse für die Arbeit des Klimaschutzrats der Stadt Kassel liefern. Der ehemalige Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck leitet und moderiert das Gremium, das Ende Juni zum zweiten Mal tagte.

Im Mai und Juni haben vier von acht Themenwerkstätten ihre Arbeit aufgenommen.

Diese waren

- Quartiere und Gebäude,
- Energieversorgung,
- Mobilität sowie
- Akzeptanz, Kommunikation, Bürgerbeteiligung, Bildung.

Konkrete Maßnahmen

In den Themenwerkstätten sind die ersten zehn konkreten Maßnahmenvorschläge aus den verschiedenen Handlungsfeldern des Klimaschutzes entstanden, vier davon waren bereits Thema in der zweiten Sitzung:

1. eine Wärmeleitplanung
2. eine Solarkampagne als Anschub für die Errichtung von Solaranlagen auf Gebäudedächern durch Motivation, Sensibilisierung, Information und gezielte Beratung
3. ein kommunales Akteurs-Netzwerk zur Förderung der Umsetzung der Energiewende in privaten Gebäuden
4. ein Maßnahmenpaket Mobilität

„Die Vorschläge können sich sehen lassen“, lobt Christine Hesse, umweltpolitische Sprecherin der grünen Rathausfraktion, die ersten Ergebnisse des Klimaschutzrates. „Das zeigt, dass wir auf einem sehr guten Weg sind, unser Ziel zu erreichen, bis 2030 klimaneutral zu werden.“ Im Klimaschutzrat sind etwa 30 Institutionen und Organisationen aus der Kasseler Zivilgesellschaft sowie aus Wirtschaft und Wissenschaft vertreten.

Christine Hesse

Foto: Robin Pach

Eva Koch und Stadtbaurat Christof Nolda

Radverkehr: Harte Verhandlungen tragen endlich Früchte

Die Kasseler Rathausgrünen wünschen sich gerade vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie Sofortmaßnahmen für den Radverkehr wie zum Beispiel sogenannte Pop-up-Bike-Lanes. Solche temporären Radspuren bieten aus grüner Sicht sehr viel Sicherheit im Verkehrsfluss und können mit wenig Aufwand umgesetzt werden. „Auch wenn der Verkehrsdezernent Dirk Stochla Pop-up-Bike-Lanes und ähnliche Innovationen, die sich in anderen Städten bewährt haben, als ‚Aktionismus' ablehnt, werden wir uns weiter dafür einsetzen", sagt Eva Koch, verkehrspolitische Sprecherin der Rathausgrünen. Sie hofft, dass der Radentscheid und die verkehrspolitischen Initiativen den entsprechenden Druck aufrechterhalten.

Fahrradstraße Schillerstraße

„Es wird Zeit, dass die Arbeit an der Radinfrastruktur konkrete Formen annimmt. Die harten Verhandlungen der Grünen tragen nun endlich Früchte. Nach den wegweisenden Beschlüssen zur Förderung des Radverkehrs aus dem vergangenen Jahr freuen wir uns über die nun vorgestellte Projektliste."

Die weitere Umsetzung der vorgestellten Projekte wollen die Grünen konstruktiv und falls notwendig auch kritisch begleiten. Für die angekündigte Umsetzung der Fahrradstraße Schillerstraße wollen sie beispielsweise sicherstellen, dass auch der untere Teil für den Autoverkehr komplett gesperrt wird, um die Fahrradstraße bis zur Philippistraße führen zu können.

Kleinere Sofortmaßnahmen wie die Öffnung der Einbahnstraße Hohnemannstraße für den Radverkehr oder die Oberflächenerneuerung im Frasenweg sehen die Grünen sehr positiv. „Erfahrungsgemäß kann schon eine unsichere oder unkomfortable Stelle auf dem Radweg zur Arbeit oder zur Schule die Menschen davon abhalten, öfter aufs Rad umzusteigen. Deshalb sind solche Verbesserungen aus unserer Sicht sehr wertvoll, gerade wenn sie Lücken im Radnetz schließen", erklärt Koch.

Eine sehr unbefriedigende Situation für Rad- und den Fußverkehr sehen die Grünen besonders in der Weserstraße, die im Maßnahmenkatalog des Straßenverkehrsamtes nicht auftaucht. Hier brauche es dringend mehr Platz für den umweltfreundlichen Verkehr.

Landesförderung bleibt

Optimistisch sehen die Grünen die unterstützende Landesförderung. Die Zweifel des Verkehrsdezernenten bezüglich des Fortbestands der Fördermittel des Landes angesichts der Corona-Pandemie können sie nicht teilen. Mittel zur Umsetzung der Verkehrswende blieben in jedem Fall ein Schwerpunkt der schwarz-grünen Landesregierung.

Regelbetrieb in Kitas zum Beginn der Sommerferien

„Die Aufnahme des Regelbetriebs in den Kitas ab dem 6. Juli ermöglicht auch unseren Kasseler Familien, in ihren gewohnten Alltag zurückzukehren", sagt Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, bildungspolitische Sprecherin der grünen Fraktion. Eltern können nun wieder verlässlich planen, wenn sie ihre Kinder gut betreut wissen, Kinder können ihr Recht auf Bildung und Teilhabe wahrnehmen.

Kinder haben seit dem coronabedingten Lockdown eine Fokussierung auf die Familie und deutlich weniger Sozialkontakte mit ihrer Altersgruppe erlebt. „Deshalb ist es allein aus entwicklungspsychologischen Erwägungen heraus gut, dass sie mit der Aufnahme des Regelbetriebs Begegnungen mit altersgleichen Spielkameraden pflegen und ihre Bindungen an Erzieher*innen aufrecht erhalten können."

Die regelmäßige Anbindung an die Kita und Krippe tut vor allem den Kindern gut: Denn Kinder brauchen Kinder, zum Spielen, zum Streiten, zum Kräftemessen und Ausprobieren.

„Wir sind sehr froh, dass sich die Infektionszahlen in Kassel so positiv entwickelt haben. Damit dies so bleibt, wird diese Entwicklung selbstverständlich vom Jugend- und Gesundheitsamt weiter im Blick gehalten."

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann

Grüne Ampeln auch für Radler*innen

Radler*innen sollen an Ampeln zukünftig nicht mehr unbeachtet bleiben. Induktionsschleifen, Kameras und berührungslose Detektoren sollen, wenn möglich, auch auf Anforderung oder bei Überfahren von Fahrrädern reagieren. „In einer Stadt, die sich auf den Weg zur Fahrradstadt macht, sollte es nicht vorkommen, dass Ampeln für Radfahrer*innen rot bleiben", kritisiert Eva Koch, verkehrspolitische Sprecherin der grünen Rathausfraktion. Diese Situation ist aus ihrer Sicht nicht nur unkomfortabel, sondern häufig auch gefährlich, weil nachfolgende Autos anfangen zu drängeln. „Deshalb sorgt unser grüner Antrag zur Prüfung solcher gefährlichen Stellen." Eva Koch freut sich über die breite Zustimmung aller demokratischen Parteien und weist darauf hin: Wer auf solche Stellen aufmerksam wird, kann die Angaben per E-Mail an uns weiterleiten. Wir geben die Informationen dann an das Straßenverkehrsamt weiter, das die Prüfung veranlasst.

Gesundheitliche Versorgung in der Region

Der Landkreis Kassel kauft die Kreiskliniken Wolfhagen und Hofgeismar. Durch die Beschlüsse des Kreistages Kassel und des Aufsichtsrates der Gesundheit Nordhessen (GNH) sind die Voraussetzungen zur Übernahme der beiden Krankenhäuser durch den Eigenbetrieb Kreiskliniken geschaffen worden. „Dennoch muss allen Beteiligten klar sein, dass die Aufgaben einer gesundheitlichen Versorgung nur gemeinsam gelöst werden können. Die Gesundheit Nordhessen muss sich neue Ziele setzen, um drängende Aufgaben zum Beispiel in der fachärztlichen Versorgung in der Fläche zu leisten“, sagt Boris Mijatovic, Fraktionsvorsitzender der Kasseler Rathausgrünen.

Boris Mijatovic

Mehr Kommunikation

Das neue Konzept zur Gesundheitsversorgung in der Region muss laut Mijatovic in Abstimmung mit dem Landkreis erstellt und dann umgesetzt werden. Die Herausforderungen in der medizinischen Versorgung betreffen die Stadt Kassel und den Landkreis in ähnlicher Weise. „Hier brauchen wir dringend mehr Kommunikation und nicht mehr Wettbewerb um Fachärzt*innen“, sagt Mijatoivc. „Wir fordern Landrat und Oberbürgermeister auf, die Gesundheitsversorgung in der Region Kassel in kommunaler Hand langfristig zu sichern und so fachärztliche Kompetenz in der Fläche, hochwertige stationäre Versorgung in den Krankenhäusern sowie Arbeitsplätze zu erhalten.“ Die Aussagen des Vorstandes, die GNH unterstütze weiterhin den Landkreis Kassel bzw. den Eigenbetrieb Kreiskliniken Kassel beim Aufbau der Strukturen und beim Betrieb, lassen hoffen, dass die bei Gründung der GNH zugrunde gelegte Vision einer gemeinsamen, in kommunaler Hand liegender Gesundheitsversorgung in der Region Kassel weiter aufrechterhalten wird.

Administrativ stehe das von Stadt und Landkreis Kassel errichtete gemeinsame Gesundheitsamt Region Kassel mit der grünen Dezernentin Ulrike Gote für diese Vision. „Dieses hat sich gerade in der aktuellen Pandemiezeit hervorragend bewährt“, betont Mijatovic.

Foto: Robin Pach

Gewässerschutz und Baumfonds

Der Magistrat wird in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Umwelt und Energie über seine bisherigen Schwerpunkte der Programme und Maßnahmen im Bereich des Gewässerschutzes berichten. Dazu haben ihn die Stadtverordneten aufgefordert. „Flüsse und Seen sind die Hotspots der biologischen Vielfalt und erbringen essenzielle Ökosystemleistungen,“ erklärt Christine Hesse, umweltpolitische Sprecherin der grünen Rathausfraktion. Auf Antrag der Grünen wurde ebenfalls entschieden, dass Spenden für Baumpflanzungen und Pflegemaßnahmen künftig in einem Fonds gebündelt werden. Immer mehr Bürger*innen wird die ökologische und ästhetische Bedeutung von Bäumen bewusst. Daher gibt es viele – allerdings unterschiedlich hohe – Spenden aus der Bevölkerung, mit denen Baumpflanzungen finanziert werden. Diese reichen nicht immer für den Unterhalt eines kompletten Baumes. Durch den Fonds sollen laut Hesse auch kleinere Spendeneingänge sinnvoll für Pflanzungen und Pflege von Stadtbäumen verteilt werden können.

Kerstin Linne wird Ortsvorsteherin in der Unterneustadt

„Wir gratulieren Kerstin Linne sehr herzlich zur Wahl als Ortsvorsteherin und wünschen gutes Gelingen bei der Arbeit für den Stadtteil. Auch dem neuen stellvertretenden Ortsvorsteher Jan Röse wünschen wir weiterhin engagierte Diskussionen und viel Erfolg beim Einsatz für ein lebenswertes Umfeld in der Unterneustadt“, sagen Vanessa Gronemann, Parteivorsitzende der Grünen, und Boris Mijatovic, Fraktionsvorsitzender der grünen Rathausfraktion.

Kerstin Linne

Bürger*innenberatung

Unsere Bürger*innenberatung mit Schwerpunkt auf Fragen und Probleme rund um das Arbeitslosengeld II findet während der aktuellen Beschränkungen nicht wie gewohnt mittwochs von 9 bis 11 Uhr im Fraktionsbüro statt. Stattdessen kann man sich mit einer E-Mail an buergerberatung@gruene-kassel.de direkt an unseren Berater wenden.

Bitte geben Sie in der E-Mail eine Handy- oder Festnetznummer an. Unser Berater meldet sich telefonisch mit unterdrückter Rufnummer bei Ihnen. Bei hohem Aufkommen werden die Anfragen nach Eingang gelistet.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Fraktion im Rathaus
Obere Königsstraße 8, 34117 Kassel
✆ 05617871294, fraktion@gruene-kassel.de
www.instagram.com/rathausgruene
www.facebook.com/rathausgruene
www.gruene-fraktion-kassel.de/gruene-news

Impressum: V.i.S.d.P.: Kasseler Rathausfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Boris Mijatovic / Mit vollem Namen gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser*innen wieder.